



Ausarbeitung

Ausgewählte Aspekte zur Treuhandanstalt

Ausgewählte Aspekte zur Treuhandanstalt

Aktenzeichen: WD 1 - 3000 – 013-19
Abschluss der Arbeit: 17. Juni 2019
Fachbereich: WD 1: Geschichte, Zeitgeschichte und Politik

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Exkurs: Forschungsstand zur Treuhandanstalt	4
3	Die Ur-Treuhandanstalt und der Runde Tisch	5
4	Vermögen und Privatisierungen	7
5	Politische und wissenschaftliche Bewertungen	8
6	Literaturverzeichnis (Auswahl)	11

1 Einleitung

Die Treuhandanstalt (THA) hat im Prozess der deutschen Wiedervereinigung eine beispiellose Schlüsselstellung bei der Transformation der sozialistischen DDR-Planwirtschaft in die marktwirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Von 1990 bis 1994 privatisiert sie 14.500 Unternehmen und erzielt daraus rund 65 Milliarden DM an Erlösen. Zudem erhält sie rund 207 Milliarden DM an Investitions- und 1,5 Millionen Arbeitsplatzzusagen.¹

Im Sommer 1990 findet die THA staatliche Betriebe vor, deren wirtschaftliche Substanz und Rahmenbedingungen „äußerst desolat“ sind. Dies betrifft die Arbeitsproduktivität, die im Vergleich zum Westen „unter 30 Prozent“ liegt, die mangelhafte Infrastruktur und Ausstattung der Betriebe.² Hinzu kommen der Zusammenbruch des bisherigen sozialistischen Wirtschaftsraums und ein massiver Rückgang der Binnennachfrage. Schon damals weisen Wissenschaftler darauf hin, dass dies ohne historisches Vorbild ist: „Es gibt eben keine Erfahrungen mit der Umkrempelung einer ehemals sozialistischen Volkswirtschaft in eine Marktwirtschaft, und es gibt auch keinen hinreichenden Fundus an vorgedachtem Wissen, aus dem sich das Rezept destillieren ließe, nach dem die Wirtschaft von Grund auf ökonomisch effizient und sozial verträglich umgebaut werden könnte.“

Auf der Grundlage eines Fragenkatalogs des Auftraggebers werden im Folgenden ausgewählte Aspekte der Arbeit der Treuhandanstalt auf der Grundlage aktueller Forschungsergebnisse dargestellt. Dabei werden auch Forschungsdesiderate deutlich. So fehlt nicht nur eine wissenschaftliche Untersuchung der Rolle der Gewerkschaften im Rahmen der Treuhandaktivitäten, sondern auch eine auf Primärquellen empirisch gestützte historische Gesamtdarstellung der Treuhandanstalt.

2 Exkurs: Forschungsstand zur Treuhandanstalt

Eine umfassende wissenschaftliche Untersuchung der THA, die sich auf Primärquellen stützt, steht bisher aus. Dies gilt auch für die Arbeit der Nachfolgebehörde, der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS), die von 1994 bis 2003 die operativen Aufgaben der THA weiterführt. Beide Behörden hinterlassen rund 60 Regalkilometer Akten, die bis 2016 nicht systematisch erschlossen werden. Da das Archiv der THA 1994 privatisiert wurde und es verschiedene Wechsel und Umgruppierungen bei der Lagerung und Betreuung der Akten und Datenbanken gab, waren Teile der bei Berlin lagernden Bestände der THA aus technischen Gründen lange

1 Bilanz der Treuhandanstalt – Beitrag zur Einheit Deutschlands: Rede von Bundesminister Dr. Waigel in Berlin am 8. Dezember 1994. In: Bulletin/Presse- und Informationsamt der Bundesregierung – 1994, 212, Seite 1121-1122. Die Arbeitsplatzzusagen wurden leicht übererfüllt, da 184.000 Arbeitsplätze mehr geschaffen wurden als vertraglich zugesichert, aber auch 123.000 Zusagen nicht eingehalten wurden. Vgl. Lutz Bellmann/Hans-Dieter Gerner: Die Entwicklung ehemaliger Treuhand-Unternehmen: Analysen mit den Daten des IAB-Betriebspanels. In: Einheit - Eigentum - Effizienz: Bilanz der Treuhandanstalt. Heidelberg 2012. <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-642-33114-5> S. 63. (abgerufen am 3. Juni 2019)

2 Bericht des 2. Untersuchungsausschusses „Treuhandanstalt“ vom 31.8.1994, S.87. <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/12/084/1208404.pdf> (abgerufen am 3. Juni 2019)

Zeit nicht recherchier- und nutzbar. Erst im Sommer 2016 genehmigt das Bundesfinanzministerium den Aufbau einer eigenen Arbeitsgruppe zur Erschließung der Bestände im Bundesarchiv.

Seit Mitte 2017 wird die systematische Bestandserschließung vom Münchner Institut für Zeitgeschichte (IfZ) begleitet, das mit einem umfangreichen Forschungsprojekt „erstmalig auf breiter Quellengrundlage Struktur und Arbeitsweise der Treuhandanstalt untersuchen und ihre Stellung im politischen Kräftefeld der Bundesrepublik sowie ihren Aktionsradius vor Ort näher bestimmen“ will.

Das Münchner Forschungsprojekt will in den nächsten Jahren Forschungsergebnisse vorlegen: „Ziel ist eine nüchterne Bestandsaufnahme, die sich von den bisherigen tendenziösen Veröffentlichungen deutlich abhebt. Dabei ist nicht daran gedacht, gewissermaßen handbuchartig alle Arbeitsfelder der Treuhandanstalt gleichermaßen abzudecken. Vielmehr werden anhand ausgewählter, zentraler Themenfelder Struktur und Arbeitsweise der Behörde exemplarisch untersucht.“

Nicht nur der fehlende Zugang zu den Akten der Treuhand, sondern auch die fehlende zeitliche Distanz haben zur Folge, dass es nur wenige geschichtswissenschaftliche Publikationen zur Treuhand gibt. Die sozialwissenschaftliche Transformationsforschung hingegen, die bereits bis Mitte der neunziger Jahre in rund 3.000 deutschsprachigen Publikationen den sozial-strukturellen, institutionellen und kulturell-mentalenden Wandel in Ostdeutschland untersucht, befasst sich mit der Treuhandanstalt lediglich in Seitenlinien, da sie sich meist nicht für diesen vergangenen Zeitabschnitt interessiert. So entsteht ein „toter Winkel der Erinnerungskultur“³, den bisher nur eine Handvoll Wissenschaftler näher ausgeleuchtet haben.

3 Die Ur-Treuhandanstalt und der Runde Tisch

Wenige Wochen nach dem Mauerfall stehen im Frühjahr 1990 alle politischen und wirtschaftlichen Akteure in Ost- und Westdeutschland unter Druck. Allein im vierten Quartal 1989 haben 350.000 Menschen die DDR in Richtung Bundesrepublik verlassen. Am 20. Januar 1990 heißt es bei einer Demonstration: „Kommt die D-Mark nicht zu uns, gehen wir zur D-Mark“.⁴

Die DDR-Regierung sucht fieberhaft nach neuen politischen und wirtschaftlichen Konzepten, um die Lage in den Griff zu bekommen. Bei den Beratungen des Runden Tisches, der vom Dezember 1989 bis März 1990 in 16 Sitzungen zusammenkommt, taucht erstmals der Vorschlag einer Treuhandanstalt zur Verwaltung des ‚Volksvermögens‘ auf. Am 12. Februar 1990 unterbreitet der Runde Tisch hierzu dem Ministerpräsidenten Hans Modrow einen „Vorschlag der umgehenden Bildung einer Treuhandgesellschaft (Holding) zur Wahrung der Anteilsrechte der Bürger der DDR-Staatsbürgerschaft am ‚Volkseigentum‘ der DDR“. Das Papier enthält den Vorschlag einer Ausgabe von „gleichwertigen Anteilsscheinen im Sinne von Kapitalteilhaber-Urkunden an alle

3 Prof. Dr. Constantin Goschler/Marcus Böick: Kurzfassung der Studie zur Wahrnehmung und Bewertung der Arbeit der Treuhandanstalt im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. - Bochum: Ruhr-Universität Bochum, 9. November 2017, S. 2.

4 Vgl. Dieter Grosser, Geschichte der deutschen Einheit. Band 2. Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, Stuttgart 1998, S. 109.

DDR-Bürger⁴⁵. Am 1. März 1990 beschließt die 9. Volkskammer der DDR die „Gründung der Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums (Treuhandanstalt)“⁶. „Dessen Ausgestaltung blieb jedoch hinter den ursprünglichen Erwartungen zurück: Weder eine anteilige Verteilung des Eigentums an die Bevölkerung noch dessen ‚Privatisierung‘ über eine Bank waren vorgesehen.“⁷

Die so genannte Ur-Treuhandanstalt bekommt nach und nach ein vollkommen anderes Profil und eine andere inhaltliche Ausrichtung. Am 17. Juni 1990 beschließt die erste frei gewählte Volkskammer der DDR das Treuhandgesetz. Dies sieht unter anderem die Privatisierung der bisher volkseigenen Betriebe „so rasch und so weit wie möglich“ vor. Mit der Verabschiedung des Staatsvertrages zur Währungs-, Wirtschafts-, und Sozialunion am 21. Juni 1990 wird die Treuhandanstalt (THA) Eigentümerin von rund 8.000 DDR-Betrieben mit etwa vier Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Dessen zweiter Präsident Detlev Karsten Rohwedder gibt im April 1991 die Devise aus: „Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen“.⁸

Kaum fünf Monate nach dem Fall der Mauer wird die ehemals staatlich gelenkte DDR-Wirtschaft schockartig in ein System der sozialen Marktwirtschaft überführt. Die Treuhandanstalt, ursprünglich als treuhänderische Verwalterin konzipiert, wird nun zu einer Hauptakteurin in der Phase der Transformation. Grundlage für ihre Arbeit sind nun nicht mehr die Anregungen des Rundes Tisches, sondern die von der ersten frei gewählten DDR-Volkammer beschlossenen Bestimmungen des Treuhandgesetzes und des Staatsvertrages zur Währungs-, Wirtschafts-, und Sozialunion mit der Bundesrepublik Deutschland.

Der Politologe Dieter Grosser schreibt, nach den Regeln der Volkswirtschaftslehre „hätte die Währungseinheit und damit auch die staatliche Einheit warten müssen, bis die Wirtschaft der DDR annähernd die gleiche Produktivität wie die Bundesrepublik aufwies. So lange warten wollten die meisten Ostdeutschen nicht, denn ihr Ziel war es, möglichst bald so leben zu können wie die Westdeutschen“.⁹

5 Ebd., S. 25.

6 Treuhandanstalt: Dokumentation 1990 - 1994 / [Red.: Robert Drewnicki ...]. Hrsg.: Treuhandanstalt, Direktorat Kommunikation, Medien. – Berlin 1994, Band 1, S. 1.

7 Marcus Böick: Die Treuhand. Idee-Praxis-Erfahrung. Göttingen 2018. S. 189.

8 Vgl. Abschlussbericht der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS). "Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen": ein Rückblick auf 13 Jahre Arbeit der Treuhandanstalt und der Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben. Berlin, 2003. <https://d-nb.info/969255101/04> (abgerufen am 3. Juni 2019)

9 Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts-, und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln. Stuttgart, 1998, S. 9.

4 Vermögen und Privatisierungen

Der Historiker Marcus Böick gibt an, die THA habe bis 1994 „circa 70 Milliarden D-Mark aus Verkäufen Erlösen können“.¹⁰ Laut einem Zeitungsbericht schätzte Detlev Karsten Rohwedder noch Mitte 1990 den Wert des DDR-Volkseigentums auf 600 Milliarden D-Mark. Dies habe sich jedoch als Trugschluss erwiesen, so der Journalist Ralf Neubauer.¹¹

Die geschätzte Zahlenangabe beruhte auf Angaben des statistischen Jahrbuchs der DDR, die das Industrievermögen auf 1.200 Milliarden DDR-Mark angab.¹² Anfang der neunziger Jahre erweist es sich jedoch als außerordentlich schwierig, die Angaben der offiziellen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der DDR, die in einem planwirtschaftlichen System erhoben wurden, in D-Mark umzurechnen. Ein Abschlussbericht des Wirtschaftsministeriums kommt 1992 beim Thema Produktivitätsvergleich zu dem Fazit: „Die Methode des Produktivitätsvergleichs betrachtet Relationen des physischen Outputs je Beschäftigten als Ausdruck der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. (...) Eine Übertragung dieser Ergebnisse auf die Umbewertung der Gesamtrechnungsdaten der DDR in D-Mark impliziert eine kaum vertretbare Gleichsetzung von Output- und Wertschöpfungsrelationen und negiert die Rolle des Wirtschaftssystems im Güterkreislauf.“¹³

Die Schätzungen des Werts des ‚Volkseigenen Vermögens‘ werden immer weiter nach unten korrigiert. Am Ende ihrer Tätigkeit muss die Treuhandanstalt ein Milliardendefizit ausweisen. „Das Gesamtdefizit der Treuhandanstalt, das nach 1994 in einen ‚Erblastentilgungsfond‘ überführt wurde, belief sich (...) auf über 250 Milliarden D-Mark, wobei die weiteren sozialpolitischen Kosten hierin allerdings nicht enthalten waren.“¹⁴

Auch die Hoffnung, dass ostdeutsche Bürger massenhaft zu Unternehmerinnen und Unternehmern werden, erfüllt sich nicht. Die in der Frühphase 1990/91 von der Treuhand Tochter GPH realisierten 15.000 „Kleinprivatisierungen“ verlaufen zwar „meist unter ostdeutscher Beteiligung“. 85 Prozent der mittleren und großen Privatisierungen gehen jedoch etwa an westdeutsche Investoren, „wobei der verbleibende Rest auf ausländische bzw. ostdeutsche Käufer entfiel“.¹⁵

10 Ebd., S. 93.

11 <https://www.zeit.de/wirtschaft/2014-10/treuhandanstalt-privatisierung-ostdeutsche-wirtschaft/seite-2> (abgerufen am 3. Juni 2019)

12 Vgl. Richard Schröder: Die Bedeutung der Treuhandanstalt für den Prozess der Wiedervereinigung. In: Otto Depenhauer/Karl-Heinz Paqué: Einheit-Eigentum-Effizienz. Bilanz der Treuhandanstalt. Berlin/Heidelberg, 2012. S. 13f.

13 Abschlussbericht zum Forschungsauftrag Nr. 48/91 des Bundesministers für Wirtschaft: „Probleme der Umrechnung von Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der DDR für die Zeit vor der Währungsunion von Werten in Mark der DDR in D-Mark“. Berlin 1992, S. 33.

14 Marcus Böick: Die Treuhandanstalt: 1990-1994. S. 93.

15 Ebd., S. 92.

Sechs Prozent der Privatisierungen verlaufen mit Beteiligung ausländischer Investoren.¹⁶ Sie garantieren jedoch deutlich mehr als zehn Prozent aller Investitions- und Arbeitsplatzzusagen. Die meisten Investoren kommen aus der Schweiz, Großbritannien, Österreich, Niederlande, Frankreich und den USA.¹⁷

5 Politische und wissenschaftliche Bewertungen

Die Treuhandanstalt steht schon bald unter massiver Kritik. Bereits 1991 erscheinen die Bücher „Der Treuhandskandal. Wie Ostdeutschland geschlachtet wurde“ und etwa zeitgleich „Kolonie im eigenen Land. Die Treuhand, Bonn und die Wirtschaftskatastrophe der fünf neuen Länder“. Darin kommen erstmals äußerst kritische Stimmen über die Arbeit der THA zu Wort, die seither in vielen journalistischen Beiträgen und Büchern das Bild bestimmen. Der THA wird vorgeworfen, Volksvermögen verschleudert, Steuergelder in Milliardenhöhe verschwendet und den Kollaps der Industrie in der ehemaligen DDR beschleunigt zu haben. Der Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft und die damit einhergehende Arbeitslosigkeit seien im Wesentlichen auf die Tätigkeit der Treuhandanstalt zurückzuführen.

Am 30. September 1993 setzt der Deutsche Bundestag einen Treuhand-Untersuchungsausschuss ein, der über 1.000 Aktenordner aus Beständen der Treuhand und der Bundesregierung auswerten. In 54 Sitzungen hören die Abgeordneten unter anderem 115 Zeugen und Sachverständige an. Im 846 Seiten umfassenden Abschlussbericht zeigt sich, dass es keine mehrheitsfähige Bewertung der Arbeit der Treuhand gibt. Während das von CDU/CSU und FDP verabschiedete Mehrheitsvotum festhält, dass die THA „ihre Aufgaben nach dem Treuhandgesetz den Umständen entsprechend erfüllt hat“, bemängeln die Oppositionsfraktionen SPD und PDS/Linke Liste in umfangreichen Minderheitenvoten Versäumnisse, Kosten und Misswirtschaft der THA.¹⁸

SPD und PDS/Linke Liste problematisieren unter anderem die aus ihrer Sicht unzureichende Beteiligung Ostdeutscher.¹⁹ Hierzu heißt es bei der SPD, dass nur sechs Prozent (bezogen auf die Arbeitsplätze) der Treuhand-Betriebe an Ostdeutsche verkauft worden seien. Dies habe zum Verlust der Identifikationsmöglichkeit der ostdeutschen Bevölkerung mit ihren Betrieben und zu enttäuschten Hoffnungen tausender Beschäftigter geführt. Die SPD kritisiert zudem das „politische Versäumnis einer nachdrücklichen Förderung der ‚Erstausrüstung‘ ehemaliger DDR-Bürger mit den Chancen auf Vermögensansprüche an das entstehende Produktivvermögen“ und verweist

16 "Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen": ein Rückblick auf 13 Jahre Arbeit der Treuhandanstalt und der Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben: Abschlussbericht der Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben. Berlin, 2003. S. 58ff

17 Ebd.

18 Vgl. Bericht des 2. Untersuchungsausschusses „Treuhandanstalt“ vom 31.8.1994 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/12/084/1208404.pdf> (abgerufen am 3. Juni 2019)

19 Ebd., S. 512ff

ausdrücklich auf die entsprechenden Vorschläge des Münchner Wirtschaftsprofessors Hans-Werner Sinn.²⁰

Die PDS/Linke Liste bemängelt, dass Ostdeutsche „kaum reale Möglichkeiten (hatten), Einblick in die Entscheidungsprozesse der Treuhandanstalt zu nehmen, noch weniger an ihnen teilzuhaben. Dabei ging es vornehmlich um ihre Gegenwart und Zukunft!“²¹

Der Untersuchungsausschuss befasst sich in seinem Bericht insbesondere in den Minderheitenvoten auch ausführlich mit der Fachaufsicht über die Treuhandanstalt, die seit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 dem Bundesministerium der Finanzen obliegt. SPD und PDS/Linke Liste führen in dem Bericht verschiedene Mängel auf und kritisieren eine „fehlende Kontrolle“. Die Präsidentin der Treuhand, Birgit Breuel, entgegnet bei ihrer Befragung im Ausschuss, der Vorgang der Sanierung lasse sich nicht perfekt durch bürokratische Regelungen, sozusagen am grünen Tisch, erfassen. Schließlich gehe es ja um lebende Unternehmen, die nach bedarfsgerechten, einzelfallorientierten Lösungen verlangten.²²

Der Verwaltungswissenschaftler Wolfgang Seibel stellt in seiner 2005 erschienenen Untersuchung fest: „Die Treuhandanstalt und ihre Neben- und Nachfolgeeinrichtungen waren nicht nur umstritten, sondern im Hinblick auf wesentliche Teile ihres gesetzlichen Auftrags, insbesondere bei der Schaffung wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen in Ostdeutschland, auch erfolglos.“²³ Erfolgreich seien sie hingegen in anderer Hinsicht gewesen: Indem sie für Stabilität beim Übergang von der Plan- in die Marktwirtschaft sorgte und für die politischen Akteure als eine Art Blitzableiter fungiert hätten. „Die enorme wirtschaftliche und soziale Umwälzung in Ostdeutschland nach der Währungsunion vom 1. Juli 1990 mit dem Verlust von einem Drittel der Arbeitsplätze barg ein soziales und politisches Konfliktpotenzial, das sich durchaus gewaltsam hätte entladen können. Die Ermordung des zweiten Präsidenten der Treuhandanstalt, Detlev Rohwedder, war im Frühjahr 1991 das entsprechende Menetekel.“²⁴

In diesem Sinne sei das „Treuhandregime“ – also die 1990 geschaffenen Institutionen und deren Politik – im Wesentlichen alternativlos gewesen.²⁵ Die Treuhandanstalt habe zudem über eigene strategische Spielräume gar nicht verfügt, da die politischen Vor-Entscheidungen den Rahmen vorgegeben hätten. „Der Umgang mit dem volkseigenen Vermögen der DDR war durch die buchstäblich schicksalhafte Entscheidung für eine Währungsunion zwischen Bundesrepublik und DDR, die zum 1. Juli 1990 mit Umstellungskursen von 1:1 für Löhne und Gehälter vollzogen wurde, auf einen denkbar engen Korridor festgelegt. Die dadurch bewirkte Aufwertung der DDR-

20 Ebd., S. 513.

21 Ebd., S. 524.

22 Ebd., S. 156. Vgl. auch S. 149ff und S. 230ff.

23 Vgl. Wolfgang Seibel: *Verwaltete Illusionen*. S. 10.

24 Ebd.

25 Ebd., S. 12.

Währung um rund 400% und die Zerstörung jeder mittelfristigen Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Betriebe entsprach den im Frühjahr 1990 unmissverständlich artikulierten Forderungen der ostdeutschen Bevölkerung nach paritätischer Umstellung der DDR-Mark.“²⁶

Seibel konstatiert, am Anfang des wirtschaftlichen und politischen Neubeginns in Deutschland im Jahre 1990 hätten „fundamentale Illusionen“ gestanden: „Das betraf sicher auch die Vorstellungen der ostdeutschen Bevölkerung über die Realitäten des Wirtschaftskreislaufs und die Möglichkeiten staatlicher Steuerung.“ Diese seien noch verstärkt worden durch die illusionäre Einschätzung westdeutscher Politiker, „dass die wirtschaftlichen und sozialen Friktionen des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft in Ostdeutschland durch die Ausgleichsmechanismen des westdeutschen Sozialstaates und der föderativen Strukturen aufgefangen werden könnten – woran sich waghalsige Versprechungen in den Wahlkämpfen für die erste und letzte demokratische Volkskammer der DDR im März 1990 und die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl im Dezember 1990 knüpften“.²⁷

Die THA sei, so Seibel, sowohl ein Instrument der Desillusionierung als auch der administrativen Bewältigung ihrer Folgen gewesen: „Die ostdeutschen Illusionen resultierten aus der jahrzehntelang, im Grunde seit 1933 praktizierten Politisierung der Wirtschaft ohne Rücksicht auf die Folgen. Daher die Vorstellung, die Höhe des Lebensstandards könne von der Produktivität der Arbeit entkoppelt werden. Dramatische Folge dieser Illusion war im Frühjahr 1990 das Verlangen nach einer Währungsunion mit den Umstellungskursen von 1:1 bei Löhnen und Gehältern. Die westdeutsche Illusionen resultierten aus der jahrzehntelangen Erfahrung mit der politischen und ökonomischen Leistungskraft der ‚sozialen Marktwirtschaft‘ und deren Einbettung in den unitarischen Föderalismus des Grundgesetzes. Daher die Vorstellung, die DDR könne selbst mit ihrer am Boden liegenden Wirtschaft und einer Arbeitsproduktivität von bestenfalls einem Drittel des westdeutschen Niveaus bruchlos in das westdeutsche System integriert werden.“

Er kommt schließlich zu dem Fazit: „Der ihr damals zugeordneten Aufgabe eines verantwortungsvollen Umgangs mit dem volkseigenen Vermögen sind Treuhandanstalt, Nebenorganisationen und Nachfolgeeinrichtungen unter den ‚unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen‘ (...) durchaus gerecht geworden.“²⁸

Den Bewertungen Seibels schließen sich die meisten der Zeithistoriker, wie Andreas Rödter und Gerhard A Ritter, an.²⁹ Auch unter Wirtschaftshistorikern findet die Arbeit der THA meist ein verhalten positives Urteil.³⁰ Als einer der schärfsten Kritiker gilt hingegen der Wirtschaftshistori-

26 Ebd.

27 Ebd., S. 13.

28 Ebd., S. 492.

29 Vgl. Übersicht über die zeithistorische Forschung bei Marcus Böick, Die Treuhand: Idee - Praxis – Erfahrung, S. 57ff.

30 Ebd.

ker Jörg Roesler, der die THA als „Privatisierungsanstalt“ bezeichnet, die in erster Linie westdeutschen Konzerninteressen gedient und einen neoliberalen Kurs verfolgt habe.³¹ Roesler gehört zu den wenigen Forschern mit explizit ostdeutscher Prägung, die sich mit der THA befassen haben. Laut André Steiner hingegen, der einer jüngeren Generation ostdeutscher Wirtschaftshistoriker angehört, lässt die THA erst umfassend die strukturellen und systematischen Defizite des Plansystems der DDR an die Oberfläche treten.³²

Für Marcus Böick (Jahrgang 1983) verläuft der Weg zur konzeptionellen, organisatorischen wie personellen Rahmung des bevorstehenden Wirtschaftsumbaus in der DDR durch die Treuhandanstalt und ihr Personal im Frühjahr 1990 „keinesfalls geradlinig oder ‚vollzog‘ sich ‚alternativlos‘, sondern blieb insbesondere in seinen Anfängen zwischen Herbst 1989 und Frühjahr 1990 verschlungen, kontrovers und unübersichtlich, bevor er sich durch eine Reihe wirtschaftspolitischer Grundsatzentscheidungen (Währungs- und Wirtschaftsunion, Treuhandgründung, Treuhandgesetz) verengte. Wollte man den Verlauf und die Dynamiken der nachgezeichneten Debatten in ein metaphorisches Gewand kleiden, so böte sich das Motiv einer Flusslandschaft an – mit einigen Quellen und vielen Zuflüssen, die sich zunächst zu einem immer breiteren Strom vereinten, der dann aber durch gezielte Begradigungen und umfassende Eingriffe verengt und gleichsam beschleunigt wurde – um schließlich so in ein deutsch-deutsches Transformationsmodell einer ‚doppelten Schocktherapie‘ einzumünden“.³³

6 Literaturverzeichnis (Auswahl)

Die Treuhand: Idee - Praxis - Erfahrung 1990-1994 / Marcus Böick. - Göttingen: Wallstein Verlag, 2018

Kurzfassung der Studie zur Wahrnehmung und Bewertung der Arbeit der Treuhandanstalt / Prof. Dr. Constantin Goschler, Marcus Böick ; RUB HIBO, Historisches Institut Bochum ; im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. - Bochum: Ruhr-Universität Bochum, 9. November 2017. - 11 Seiten: Diagramme. - Forschungs-Projekt Nr. 20/16

Studie zur Wahrnehmung und Bewertung der Arbeit der Treuhandanstalt / Prof. Dr. Constantin Goschler, Marcus Böick ; RUB HIBO, Historisches Institut Bochum ; im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. - Bochum: Ruhr-Universität Bochum, 9. November 2017. - 136 Seiten: Diagramme. - Forschungs-Projekt Nr. 20/16

Vom Werden und Vergehen einer (post-)revolutionären Arena: die Treuhandanstalt in der Umbruchs- und Übergangsgesellschaft / Marcus Böick. In: Deutschland seit 1990: Wege in die Vereinigungsgesellschaft / herausgegeben von Thomas Großbölting und Christoph Lorke. - Stuttgart: Franz Steiner Verlag. - (2017), Seite 139-159

31 Ebd., S. 62

32 Ebd., S. 64.

33 Marcus Böick: Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung.

"Das ist nunmal der freie Markt": Konzeptionen des Marktes beim Wirtschaftsumbau in Ostdeutschland nach 1989 / Marcus Böick. In: Zeithistorische Forschungen. - 12 (2015), 3, Seite 448 – 473

Die Treuhand: wie eine Behörde ein ganzes Land abschaffte / Klaus Behling. - 1. Aufl. - Berlin: Ed. Berolina, 2015. - 479 Seiten. -

Die Treuhandanstalt: 1990-1994 / Marcus Böick. [Landeszentrale für Politische Bildung Thüringen]. - Erfurt, 2015. - 100 Seiten: Ill. -

Treuhand in Thüringen: wie Thüringen nach der Wende ausverkauft wurde / Dietmar Grosser ... (Hg.). - 1. Aufl. - Essen: Klartext, 2013. - 256 Seiten: zahlr. Ill., Kt. - (Thüringen-Bibliothek ; 9)

Der deutsche Goldtausch: die wahre Geschichte der Treuhand / Dirk Laabs. - 1. Aufl. - München: Pantheon, 2012. - 383 Seiten.

Einheit - Eigentum - Effizienz: Bilanz der Treuhandanstalt ; Gedächtnisschrift zum 20. Todestag von Dr. Detlev Karsten Rohwedder / [Deutsche Stiftung Eigentum].
<http://dx.doi.org/10.1007/978-3-642-33114-5> (abgerufen am 3. Juni 2019)

Im "Säurebad der Einheit": die Treuhandanstalt in den medienöffentlichen Debatten der frühen 1990er-Jahre / Marcus Böick. In: Deutschland-Archiv: Zeitschrift für das vereinigte Deutschland. - 43 (2010), 3, Seite 425 - 432

Wirtschaftskriminalität und die Privatisierung der DDR-Betriebe / Klaus Boers (Hrsg.). - 1. Aufl. - Baden-Baden: Nomos, 2010. - 684 Seiten

Restitutionsansprüche abgewiesen: Ursache und Genese eines politischen Konfliktes / Stephan Raabe. In: Die politische Meinung. - 53 (2008), 468, Seite 65 - 69

Strukturelle Bedingungen von Wirtschaftskriminalität: eine empirische Untersuchung am Beispiel der Privatisierungen ausgewählter Betriebe der ehemaligen DDR / Kari-Maria Karliczek. - Münster [u.a.]: Waxmann, 2007. - 187 Seiten: graph. Darst. - (Kriminologie und Kriminalsoziologie ; 1)

Gesamtdeutscher Ausverkauf: von der Treuhand zu Public-Private-Partnership / Werner Rügemer. In: Blätter für deutsche und internationale Politik: Monatszeitschrift. - 50 (2005), 11, Seite 1315 - 1324

Ohne historisches Vorbild: die Treuhandanstalt 1990 bis 1994 ; eine kritische Würdigung / hrsg. von Birgit Breuel ... - 1. Aufl. - Berlin: Bostelmann & Siebenhaar, 2005. - 200 Seiten. - Mit Beitr. von Angela Merkel, Theo Waigel, Lothar Späth u.a.

Die Treuhand: Intentionen, Realitäten, Irrtümer / Spiridon Paraskewopoulos. In: Agenda DDR-Forschung: Ergebnisse, Probleme, Kontroversen / [Europäische Akademie Otzenhausen]. Heiner Timmermann (Hg.). - Münster: Lit-Verl. - (2005), Seite 403 - 418

Verwaltete Illusionen: die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990 - 2000 / Wolfgang Seibel. - Frankfurt am Main [u.a.]: Campus, 2005. - 544 Seiten: Ill., graph. Darst. -

Die gesetzlichen Grundlagen der Treuhandanstalt/Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben / Werner Schick. In: "Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen": ein Rückblick auf 13 Jahre Arbeit der Treuhandanstalt und der Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben: Abschlussbericht der Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) / [Hrsg.: Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben]. - Berlin: Wegweiser. - (2003), Seite 225 - 245

"Sanierung durch Privatisierung" oder "Sanierung vor Privatisierung"?: Rückblick auf eine Kontroverse / Herbert Hax. In: "Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen": ein Rückblick auf 13 Jahre Arbeit der Treuhandanstalt und der Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben: Abschlussbericht der Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) / [Hrsg.: Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben]. - Berlin: Wegweiser. - (2003), Seite 205 - 223

"Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen": ein Rückblick auf 13 Jahre Arbeit der Treuhandanstalt und der Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben: Abschlussbericht der Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) / [Hrsg.: Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben]. - Berlin: Wegweiser, 2003. - 455 Seiten: Ill., graph. Darst., Kt.

Die Treuhandanstalt: finanzielle Aspekte / Claus Köhler. In: "Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen": ein Rückblick auf 13 Jahre Arbeit der Treuhandanstalt und der Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben: Abschlussbericht der Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) / [Hrsg.: Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben]. - Berlin: Wegweiser. - (2003), Seite 247 – 254